

Anlage 1

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus

Sofort	über Reg.
Direktorium Büro des Oberbürgermeisters	
07. MAI 2015	
an D-II / V 1	
AZ: 826.5-1-0004	

GRÜNE ROSALISTE  
STADTRATSPRAKTION MÜNCHEN

München, den 07.05.2015

**Runder Tisch Bahnhofsviertel - Aufgaben des Sicherheitsdienstes konkretisieren**

Antrag Nr. 1017

Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen Runden Tisch zu den Aufgaben des Sicherheitsdienstes im Bahnhofsviertel einzuberufen. Dazu sollen u. a. das KVR, das Sozialreferat, Vertreter der Geschäftsleute vor Ort, der Verein Theatergemeinde und das Info-Zentrum Migration und Arbeit eingeladen werden. Sollte es einen Vertreter der betroffenen Arbeitssuchenden vor Ort geben, wird auch dieser eingeladen.

Ziel des Runden Tisches soll es sein, die Vorwürfe in den Medien und von Betroffenen zu klären, der Sicherheitsdienst fungiere nicht als „Lotse“ für die arbeitssuchenden MigrantInnen an der Ecke Goethe – und Landwehrstraße, sondern diene zur Abschreckung und Vertreibung der Menschen, die dringend auf die Vermittlung von Arbeit angewiesen sind. ~~Der Stadtrat wird zeitnah von den Ergebnissen informiert.~~

**Begründung:**

Laut Pressemeldungen der letzten Tage und Berichten von Betroffenen, scheint der Sicherheitsdienst im Bahnhofsviertel nicht die Funktionen zu erledigen, für die der Stadtrat eine Finanzierung beschlossen hat. Laut Beschlussvorlage im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vom 21.04.2015 wurde der Stadtrat durch den Vorschlag überzeugt, der Sicherheitsdienst solle eine Lotsenfunktion übernehmen und arbeitssuchende Menschen auf Beratungsangebote, Hilfestellungen und auf das Beratungscafè hinweisen, das im September in der Sonnenstraße eröffnen soll. So spricht die Vorlage von „er fungiert als erste Kontaktperson vor Ort, spricht die Gruppen von Männern an und erläutert in deren Muttersprache den Arbeitern die Situation und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. ... Er ist für die meisten Arbeiter der Erstkontakt nach der Ankunft in München und hilft ihnen somit, sich in der diffizilen Gesamtsituation an der Kreuzung zurechtzufinden, die vorhandenen Strukturen zu erkennen und wahrzunehmen. Der Mitarbeiter ist Auskunftgeber und Informationslieferant in vielfältiger Hinsicht.“

Vor diesem Hintergrund haben auch wir die Finanzierung dieses Dienstes unterstützt. Sollte der Sicherheitsdienst aber wie den Medien zu entnehmen und von Betroffenen berichtet, abschreckend und vertreibend auf die Menschen reagieren, muss am Runden Tisch abgesprochen werden, wie die Lotsenfunktion umgesetzt und den Menschen geholfen werden kann.

Eine möglichst zeitnahe Unterrichtung des Stadtrates wird gewünscht.

**Fraktion Die Grünen-rosa liste**

Initiative:

Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Hep Monatzeder  
Mitglieder des Stadtrates

826.5-1

0001

Datum: 17.07.2015  
Telefon: 0 233-  
Telefax: 0 233-  
Herr  
@muenchen.de

Anlage 2

Kreisverwaltungsreferat  
Hauptabteilung I  
Sicherheit und  
Ordnung, Gewerbe  
Allgemeine Gefahrenabwehr  
KVR-I/22

Protokoll „Runder Tisch Südliches Bahnhofsviertel“

I. An das Referat für Arbeit und Wirtschaft, RAW-FB3, Frau

Sehr geehrte Frau

bitte entschuldigen Sie, dass ich aufgrund meiner fast vierwöchigen Urlaubsabwesenheit Ihre Einladung zum Runden Tisch erst verspätet gelesen hatte und daher am 17.06.15 nicht im RAW anwesend sein konnte. Erlauben Sie mir die Sichtweise und Vorschläge des KVR zu diesem Thema auf diesem Wege nachzureichen.

Seitens des Kreisverwaltungsreferats wird ein privater Sicherheitsdienst im öffentlichen Raum grundsätzlich als kritisch angesehen. Sofern relevante Sicherheitsprobleme in München bestehen, sind die Sicherheitsbehörden hierfür zuständig. Sicherheit darf nicht zahlungsfähiger Klientel vorbehalten bleiben.

Das KVR verlangt von Gewerbetreibenden - z.B. bei Clubs im Bereich der sog. Feiermeile - die Bereitstellung von Sicherheitspersonal, die Gäste auch im Straßenraum vor dem Lokalen auf Ruhestörungen ansprechen. Der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes in der Landwehrstraße stellt aus unserer Sicht einen Präzedenzfall dar, der weitere Begehrlichkeiten wecken könnte.

Die andauernde Präsenz der Arbeitssuchenden wird von den Anwohnern und Gewerbetreibenden als belastend empfunden, was grundsätzlich nachvollzogen werden kann. Die Nutzung der Gehwegflächen zum Stehen und Reden entspricht dem straßenrechtlichen Gemeingebrauch, so dass behördliches Einschreiten nur bei Vorliegen konkreter Sicherheitsstörungen möglich ist.

Die als Begründung angegebene eingeschränkte Nutzbarkeit der Fußgängerwege im Kreuzungsbereich für die Allgemeinheit wurde von den Anwohnern nicht belegt. Übermittelte Fotografien zeigen zwar stehende Kleingruppen, eine Behinderung des Verkehrs z.B. für Personen mit Kinderwagen oder sonstige Einschränkungen für den Individualverkehr sind nicht zu erkennen.

Das KVR hat deshalb innerhalb eines 14 tägigen Zeitraumes mehrfach den Kreuzungsbereich beobachtet und zu keiner Zeit beanstandenswerte Störungen wahrgenommen. Dies passt zur Einschätzung von REGSAM, die die Situationsbeschreibung der Theatergemeinde nicht ganz teilen kann.

Überprüfungen des Hauptzollamtes haben ergeben, dass sich in der Regel ca. 12-15 Personen vor Ort aufhalten, wobei sich die Gruppen zwischendurch auflösen und in anderen Personenkonstellationen wieder zusammen kommen.

Die polizeiliche Lageeinschätzung geht in der Zeit von 07:00 Uhr bis 08:00 Uhr (Höchstzeit) von zusammen maximal 25 Personen aus, die sich an allen vier Kreuzungsecken im Bereich Landwehrstr. / Goethestr. versammeln. Zu allen anderen Zeiten befinden sich weniger Personen vor Ort. Geschäftsschädigende Behinderungen konnten bei Begehungen mit der Polizei nicht festgestellt werden. Die sich sammelnden Personen treten als Einzelpersonen auf und machen bedarfsweise Platz für Passanten. Bislang kam es aus der Ansammlung heraus zu keinen Straftaten oder Verkehrsbehinderungen.

Das Polizeipräsidium München unterstützt das Kreisverwaltungsreferat bei der Prüfung, ob die

Abholung der Arbeitssuchenden zu Verkehrsstörungen führt und ermittelt, welche Hintergründe die Nutzung gerade dieses Standorts hat. Bei Kontrollen der Arbeitssuchenden können von der Polizei Platzverweise erteilt werden, sofern die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen wie z. B. bei Behinderung des Fußgängerverkehrs.

Ein weiteres sicherheitsrechtliches Einschreiten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt somit nicht nötig. Die zuständigen Sicherheitsbehörden werden die Situation im Bereich Landwehrstr. / Goethestr. weiterhin begleiten und ggfs. notwendige Maßnahmen prüfen.

Der Vorschlag des Sozialreferates (Amt für Wohnen und Migration, Frau [REDACTED]), dass die Projekte Schiller 25, das Infozentrum für Migration und Arbeit und Bildung statt Betteln Ihre Beratungstätigkeit in Form von Streetworkarbeit ausbauen oder andere Lotsen gesucht werden, wird seitens des Kreisverwaltungsreferates als guter Kompromiss gesehen, um insbesondere die unerwünschte Präzedenzwirkung zu verhindern.

Auch das KVR teilt die Erwartung des RAW, dass durch die Betriebsaufnahme des Beratungscafés im November eine Entlastung für den Kreuzungsbereich erfolgt. Ein individuelles Vorgehen gegen die schwer beweisbare Arbeitsvermittlung der (vielen) Selbständigen sowie der verdeckten Arbeitgeber erfolgt vorrangig durch das Hauptzollamt. Da der Bereich zudem als überregionaler Anlaufpunkt für Neuankommende sowie als Kontakt- und Informationsbörse für bulgarische Staatsangehörige dient ist die vom KVR vermutete Umnutzung des öffentlichen Raumes nicht belegbar. Bei einer sicherheitsrechtlich relevanten Belastung der Kreuzung würde das KVR dennoch auch die Untersagung einer unerlaubten Sondernutzung prüfen.

Der moderate (!) Einsatz des Sicherheitsdienstes kann wohl hingenommen werden, sofern er nicht selbst den öffentlichen Raum unerlaubt gewerblich nutzt sondern im Privatbereich der Theatergemeinde operiert. Eine formelle Aufsplittung der Finanzierung und Übernahme nur des Anteils der "Lotsenfunktion" (z.B. bis zur Inbetriebnahme des Beratungscafés) ist aus Sicht des KVR nur dann glaubhaft, wenn die Beratung personell getrennt von der Security erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Stellungnahme der Initiative Zivilcourage zur städtischen Finanzierung des privaten Security Services an der Ecke Landwehr-/Goethestraße

vom 15.7.15

- Wir teilen die skandalisierende Problemdefinition nicht, die von einigen Geschäftsleuten übernommen wird, während die Stimme anderer Akteure im Viertel aggressiv ausblendet und abwertet. Die Arbeitsuchenden werden als "Szenerien" mit den Schlagworten "Müll", "Aggression", "Schädlinge" markiert (siehe Petition von 2013 und Medienzitate), statt sie als Akteure im Viertel wahrzunehmen und in Gesprächen über die Situation zu integrieren.

- Ordnungs- und Sicherheitspolitische Maßnahmen werden zu keinem positiven Effekt führen in dem sozialen Raum, der sogar von Polizei und Zoll schon als durch Repression nicht kontrollierbare soziale Situation dargestellt wurde (Polizeipräsident Andrá in der tz vom 26.11.2013). Der Security Service ist effektiv für Ordnung und "Sauberkeit" im öffentlichen Raum zuständig, wenn er rechtlich dazu auch nicht befugt ist. Dies bestätigen Berichte der Betroffenen. Eine solche Privatisierung der Gewalt über den öffentlichen Raum darf von öffentlicher Hand nicht finanziert, sondern sollte verboten werden.

- Aufgrund der strukturellen Machtposition, des Auftretens und der Zielgebung des Sicherheitsdienstes, wird er keine von den Arbeitsuchenden angenommene Lotsenfunktion einnehmen können.

Zwar kennen sich viele der Arbeitsuchenden schon lange in München aus und geben Informationen untereinander weiter, trotzdem könnte eine gezielte Aufbereitung von Informationen zu Rechten, sozialen Anlaufstellen und städtischen Ämtern, und Rechten im öffentlichen Raum sinnvoll sein. Am besten würde sie sicherlich aufgenommen werden, wenn sie innerhalb der sozialen Netzwerke weitergegeben würde, z.B. durch eine Person aus der Community, die dafür einen (Mini-)Job erhält. Doch auch die Streetwork-Arbeit des Infozentrums Migration und Arbeit und der „Schiller 25“ könnte genutzt werden.

- Nur durch eine größere Durchlässigkeit der Grenzen der Stadtgesellschaft kann die prekäre Situation, die den Menschen nur den öffentlichen Raum als sozialen Ort lässt, entspannt werden. Selbstorganisierte Räume, Unterstützung bei der Abreitsuche, Zugang zu bestehenden Rechten wie Notunterbringung und in vielen Fällen ALG II, sowie die sprachliche und interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und sozialen Angebote käme dem entgegen.

Bis dahin sollte pragmatisch mit der Situation umgegangen werden, z.B. durch das Aufstellen von Sitzgelegenheiten, so dass Arbeitsuchende nicht vor Hauseingängen sitzen müssen.

Datum: 17.07.2015  
 Telefon: 0 233-48640  
 Telefax: 0 233-48575  
 Frau Meier  
 brigitte.meier@muenchen.de

**Sozialreferat**

S-R

	über Regis	RAW	<i>zwV wie bekannt</i>	
OB	3. BM	D-II-VZ	EA.	
Direktorium Büro 2. Bürgermeister			RS	
20. JULI 2015 <i>am</i>			zA	
			zK	
			Vorgang	
Az			ja	nein
Termin	Sofort	Eilt		

**Südliches Bahnhofsviertel – weiteres Vorgehen  
 Zuwendung für den Sicherheitsdienst**

An  
 Herrn Bürgermeister Josef Schmid

Sehr geehrter Herr Schmid,

Ich stimme der befristeten finanziellen Unterstützung der Theatergemeinde e.V. für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes mit erweiterten Aufgaben zu.

Das Beratungscafé in der Sonnenstraße 12 wird nach den bisherigen Planungen seine Arbeit im September 2015 aufnehmen. Damit wird die Kooperation aller in diesem Bereich tätigen Stellen verstärkt und die aufsuchende Arbeit abgesprochen. Die Verteilung von Informationen und der Hinweis auf Beratungs- und Unterstützungsangebote für die sich an der Kreuzung im Südlichen Bahnhofsviertel aufhaltenden Bulgaren sollen dann aus dem Beratungscafé heraus gegebenenfalls mit Unterstützung von Streetwork wahrgenommen werden.

Falls dazu Ressourcenausweitungen nötig sind, werde ich dem Sozialausschuss einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Ich gehe davon aus, dass zum Jahresende die Angebote so gut ausgebaut sind, dass die Unterstützung des Sicherheitsdienstes ab 2016 nicht mehr nötig ist.

Mit freundlichen Grüßen

  
 Brigitte Meier

BM	StB	GL		Rspr.	
Referat für Arbeit und Wirtschaft				EA	
22. JULI 2015				Vva	
				z.A.	
				zwV	
				zK	
L	M	GHS	KOM	K	Vv
I	II	III	IV	V	VI